Br 114/1/1

1. Ausfertigung

Bebauungsplan Br 114

in 2 Blättern

zugleich Änderung des Bebauungsplanes – Baustufenordnung

Es gilt die Baunutzungsverordnung 1968
(Bundesgesetzblatt I S. 1237/68 u. S. 11/69)

Der Rat der Stadt hat am 28.3.78 nach § 2 des Bundesbaugesetzes vom 23. 06. 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen, diesen Bebauungsplan zu ändern.

Dortmund, 30.3.78
Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Der Rat der Stadt hat am 28.3.78 nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. 06. 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen, die Änderung Nr. 4 dieses Bebauungsplanes mit Begründung auf die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Dortmund, 30.3.78
Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Die Änderung Nr. 4 dieses Bebauungsplanes mit Begründung hat nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. 06. 1960 (BGBl. I S. 341) für die Dauer eines Monats vom 20.4.78 bis 22.5.78 einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

Dortmund, 21.5.78
Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
Abteilungsleiter

Der Rat der Stadt hat am 12.7.78 nach § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. 06. 1960 (BGBl. I S. 341) die Änderung Nr. 4 dieses Bebauungsplanes als Satzung beschlossen.

Dortmund, 13.7.78
Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Die Änderung Nr. 4 dieses Bebauungsplanes ist nach § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. 06. 1960 (BGBl. I S. 341) mit Verfügung vom 17. MRZ. 1977 genehmigt worden.
~~Arnsberg~~, mit Auflagen
Der Regierungspräsident Arnsberg
Im Auftrag

Die Genehmigung der Änderung Nr. 4 mit Auflagen des Bebauungsplanes sowie Ort und Zeit ihrer öffentlichen Auslegung sind nach § 12 des Bundesbaugesetzes vom 23. 06. 1960 (BGBl. I S. 341) in den "Dortmunder Bekanntmachungen" – Amtliches Organ der Stadt – Nr. 21 vom 27.5.77 ortsüblich bekanntgemacht worden.
Mit der Bekanntmachung wurde die Änderung Nr. 4 dieses Bebauungsplanes rechtsverbindlich.
Dortmund, 31.5.77
Auflagen erforderlich gewordene Änderung Nr. 5 sowie die durch
Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
Abteilungsleiter

In Übereinstimmung der Bestandsangaben mit den Katasterunterlagen und der Ortslage wird bescheinigt.
Dortmund, den 14.4.1964
Stadt Dortmund Vermessungs- und Katasteramt
Stadt. Vermessungs-Dir.
Stadt. Oberverm. Rat

Der Rat der Stadt hat am 4.2.1963 nach § 2 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen, diesen Bebauungsplan aufzustellen.
Dortmund, den 5.2.1963
Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Dieser Bebauungsplan – Entwurf – mit Begründung hat nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) für die Dauer eines Monats vom 9.6.1969 bis 9.7.1969 einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.
Dortmund, den 10.7.1969
Der Oberstadtdirektor
Im Auftrag
Stadt. Baudirektor

Dieser Bebauungsplan ist nach § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) mit Verfügung vom 20.4.1970 (II 32.6.2-1.4-247/70) genehmigt worden.
Essen, den 22. März 1970
Landesbaubehörde Ruhr
Oberregierungs- u. -vermessungsrat

Der Rat der Stadt hat am 5.5.1969 nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen, diesen Bebauungsplan – Entwurf – mit Begründung auf die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
Dortmund, den 6.5.1969
Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Der Rat der Stadt hat am 23.11.1970 nach § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.
Dortmund, den 24.11.1970
Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Die Genehmigung dieses Bebauungsplanes sowie Ort und Zeit seiner öffentlichen Auslegung ist nach § 12 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) in den "BEKANNTMACHUNGEN – Amtliches Organ der Stadt Dortmund" Nr. 44 vom 8.4.71 ortsüblich bekanntgemacht worden.
Mit der Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.
Dortmund, den 8.4.71
Der Oberstadtdirektor
Im Auftrag
Stadt. Baudirektor

Der Rat der Stadt hat am 14.5.1970 nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) die gegen den Plan vorgebrachten Bedenken und Anregungen geprüft und dabei die eingebrachte (e) Änderung (en) Nr. 1-3 und ihre öffentliche Auslegung beschlossen.
Dortmund, den 14.5.1970
Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Die Änderung (en) Nr. 1-3 und die Begründung haben nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 6.7.70 bis 6.8.70 einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.
Dortmund, den 7.8.1970
Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

Der Regierungspräsident Arnsberg hat mit Verfügung vom 17.03.77 (Az. 35.2.1-2.4-247/76) diese Bebauungsplanänderung mit Auflagen genehmigt.
Der Rat der Stadt ist am 18.5.77 diesen Auflagen beigetreten (Beschlußabschluß) und hat die Änderung Nr. 5 als Satzung beschlossen.
~~Dortmund~~, 31.5.77
Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Textliche Festsetzungen

Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen (§ 9 (1) Nr. 12 BauG)

Die mit der roten Ziffer (1) gekennzeichnete Fläche für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen ist für die gleich gekennzeichneten Baugrundstücke zur Erfüllung ihrer Stellplatzpflicht bestimmt (§ 70 BauO NW).

Dieses Blatt Nr. 1 der Erstausfertigung ist Bestandteil des aus 2 Blättern bestehenden Bebauungsplanes Br 114 und bildet mit dem Blatt 2 /~~den Blättern~~ der Erstausfertigung eine Einheit.
Reiff
Stadtrat

Anschluß Bebauungsplan Br 134

Anschluß Blatt 2

Siehe Bebauungsplan Br 183

ZEICHENERKLÄRUNG

Bestand

Bemerkung: Die verwendeten Zeichen und Signaturen entsprechen, soweit nicht besonders dargestellt, den Zeichenvorschriften für Katasterkarten des Vermessungswesens in Nordrhein-Westfalen

- Eigentumsgrenze
- lfd. Nr. im Eigentümerbestandsverzeichnis
- Geschoßzahl vorhandener Gebäude
- Attikageschoß
- Traufenhöhe ü. NN
- Öffentlicher Parkplatz

Unverändert bestehenbleibende Festsetzungen

- Begrenzungslinie
- Baulinie
- Baugrenze
- Baugebietsgrenze

Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung

- WS Kleinsiedlungsgebiete
- WR Reine Wohngebiete
- WA Allgemeine Wohngebiete
- MD Dorfgebiete
- MI Mischgebiete
- MK Kerngebiete
- GE Gewerbegebiete
- GI Industriegebiete
- SW Wochenendhausgebiete
- SO Sondergebiete

Maß der baulichen Nutzung

- III Höchstgrenze der Zahl der Vollgeschosse
- (III) Zwingend vorgeschriebene Zahl der Vollgeschosse
- 0.4 Grundflächenzahl
- 0.7 Geschoßflächenzahl
- 3.0 Baumassenzahl

Bauweise - Stellung der baulichen Anlagen - Baulinien - Baugrenzen

- a nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- ED nur Hausgruppen zulässig
- g Geschlossene Bauweise
- Firstrichtung
- Baulinie
- Baugrenze
- o Offene Bauweise

Äußere Gestaltung baulicher Anlagen

- Satteldach
- Walmdach
- Pultdach (Pfeil in Richtung zur Traufe)
- Flachdach
- Dachneigung

Bauliche Anlagen u. Einrichtungen für den Gemeinbedarf

- Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
- Verwaltungsgebäude
- Kirche
- Schule
- Krankenhaus
- Kindertagesstätte, Kindergarten
- Jugendheim, Jugendherberge
- Post
- Hallenbad

Verkehrsflächen

- Straßenverkehrsflächen (öffentlich)
- privat — Straßenverkehrsflächen (privat)
- P — Parkflächen (öffentlich)
- Verkehrsmittel auf bes. Bahnkörper
- Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen

Flächen für Versorgungsanlagen oder für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser oder festen Abfallstoffen

- Versorgungsflächen
- Umformerstation
- Fernheizwerk

Grünflächen

- Grünflächen (öffentlich)
- privat — Grünflächen (privat)
- Parkanlage
- Friedhof
- Dauerkleingarten
- Sportplatz
- Kinderspielplatz

Flächen für die Landwirtschaft u. für die Forstwirtschaft

- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft
- Flächen für die Land- und Forstwirtschaft

Sonstige Festsetzungen

- St Ga — Flächen für Stellplätze oder Garagen
- GSt Ga GGa — Flächen für Gemeinschaftsstellplätze oder Gemeinschaftsgaragen
- GKSp — Flächen für Gemeinschaftsanlagen (Gemeinschaftskinderspielplätze)
- L — Mit Geh-, Fahr- u. Leitungsrechten zu belastende Flächen
- Baugebietsgrenze (§ 16 Abs. 4 BauNVO)
- u. Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- zu erhaltene Bäume (§ 9 (1) Nr. 16 BBauG)

Planungen und nachrichtliche Übernahmen

- gepl. Begrenzungslinien
- sonstige Planungen
- Umgrenzung der Sanierungsgebiete
- Umgrenzung der Umlegungsgebiete
- Umgrenzung der Landschaftsschutzgebiete
- Umgrenzung der Verbandsgrünflächen
- Umgrenzung der Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen

Aufgehobene Festsetzungen

- Bltc — Beispiele

Örtliche Bauvorschriften

Nach § 9 (1) des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 (BGBl I S. 341) werden die durch Zeichnung, Farbe und Schrift getroffenen Festsetzungen ergänzt:

Leitungsrecht (§ 9 (1) Nr. 11 BBauG)

Das Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier, Gelsenkirchen, hat das Recht, die durch Zeichnung und Farbe festgesetzten und mit den Buchstaben (A) bezeichneten Belastungsflächen mit einem Leitungsrecht zu belasten.

Flurkarte
Stadt-Grundkarte
*9911 N

Br 114/1/T2

Überlappungen und Beiblätter

1:1000
Herausgegeben mit Zustimmung des Regierungspräsidenten in Arnsberg
Stadt Dortmund
Vermessungs- und Katasteramt

Stadt Dortmund

Unterlagen
1904

Topographische Aufnahme
Grundriß:
Höhe: a. 1966

Gezeichnet: Zaun, V.t.A. XII. 1954
Geprüft: Vermessungsoberinspektor
Berichtigungsstand:

Br 114/1/T1